

Satzung

der Ortsgemeinde Niederahr

über die Erhebung von Hundesteuer vom 06.10.2011

Der Ortsgemeinderat hat am 05.10.2011 auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) und der §§ 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

INHALTSÜBERSICHT:

§ 1 Steuergegenstand, Entstehen der Steuer.....	1
§ 2 Steuerschuldner, Haftung.....	2
§ 3 Anzeigepflicht.....	2
§ 4 Beginn und Ende der Steuerpflicht.....	3
§ 5 Steuersatz, Gefährliche Hunde	3
§ 6 Zwingersteuer	4
§ 7 Festsetzung und Fälligkeit.....	5
§ 8 Steuerbefreiung.....	5
§ 9 Steuerermäßigung.....	5
§ 10 Allgemeine Bestimmungen für die Steuerbefreiung und Steuerermäßigung	6
§ 11 Überwachung der Anzeigepflicht.....	6
§ 12 Ordnungswidrigkeiten.....	7
§ 13 In-Kraft-Treten.....	7

§ 1

Steuergegenstand, Entstehung der Steuer

- (1) Steuergegenstand ist das Halten von Hunden im Gemeindegebiet.
- (2) Die Steuer entsteht mit Beginn des Jahres, für das die Steuer festzusetzen ist.

§ 2 Steuerschuldner, Haftung

(1) Steuerschuldner ist der Halter des Hundes.

Hundehalter ist, wer einen Hund in seinen Haushalt¹ aufgenommen hat.

(2) Als Halter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn er nicht nachweisen kann, dass der Hund in einer Gemeinde der Bundesrepublik bereits steuerlich erfasst ist. Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, sobald die Pflege, Verwahrung oder Haltung auf Probe oder zum Anlernen den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.

(3) Alle in einen Haushalt aufgenommenen Hunde gelten als gemeinsam gehalten. Halten mehrere Personen gemeinsam einen Hund oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 3 Anzeigepflicht

(1) Wer einen Hund hält, hat ihn binnen 14 Tagen nach Beginn der Haltung bei der Gemeinde oder der Verbandsgemeindeverwaltung Wallmerod anzumelden.

Bei der Anmeldung sind

1. Rasse
2. Geburtsdatum
3. Herkunft und Anschaffungstag

glaubhaft nachzuweisen.

(2) Der bisherige Halter eines Hundes hat den Hund, der abgeschafft wurde, abhanden gekommen oder gestorben ist oder mit dem er wegzieht, innerhalb von 14 Tagen abzumelden. Im Falle der Abgabe des Hundes sind bei der Abmeldung Name und Anschrift des Erwerbers anzugeben. Falls der Erwerber in einer anderen Gemeinde wohnt oder der Halter in eine andere Gemeinde umzieht, wird diese unterrichtet.

(3) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung fort oder ergeben sich sonstige Änderungen in der Hundehaltung, so hat der Hundehalter dies binnen 14 Tagen anzuzeigen.

¹ Haushalt in diesem Sinne ist der gesamte private Lebensbereich des Hundehalters. Es ist nicht erforderlich, dass sich der Hund räumlich im Haushalt im umgangssprachlichen Sinne, konkret also in der Wohnung oder im Haus des Hundehalters aufhält. Auch ein in einem Zwinger, auf einem nicht bebauten Grundstück oder einem Firmengelände untergebrachter Hund ist im hundesteuerrechtlichen Sinne im Haushalt des Halters aufgenommen.

§ 4 Beginn und Ende der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht beginnt mit Anfang des auf die Aufnahme eines Hundes in einen Haushalt folgenden Monats, frühestens mit dem Monat, in dem er drei Monate alt wird.
- (2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Hund abgeschafft wird, abhandenkommt oder stirbt. Kann der genaue Zeitpunkt nicht nachgewiesen werden, endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Monats der Abmeldung.
- (3) Bei Wohnortwechsel eines Hundehalters beginnt die Steuerpflicht entsprechend Absatz 1 und endet entsprechend Absatz 2 Satz 1.

§ 5 Steuersatz, Gefährliche Hunde

- (1) Das Halten von Hunden wird besteuert.

Die Steuersätze werden jährlich in der Haushaltssatzung der Ortsgemeinde festgesetzt.

Dabei kann die Steuer für den ersten Hund, den zweiten Hund und die weiteren Hunde unterschiedlich festgesetzt werden.

- (2) Das Halten von **gefährlichen Hunden** wird gesondert besteuert.

Die Steuersätze werden jährlich in der Haushaltssatzung der Ortsgemeinde festgesetzt.

Dabei kann die Steuer für den ersten gefährlichen Hund, den zweiten gefährlichen Hund und die weiteren gefährlichen Hunde unterschiedlich festgesetzt werden.

- (3) Gefährliche Hunde sind

1. Hunde, die sich als bissig erwiesen haben,
2. Hunde, die durch ihr Verhalten gezeigt haben, dass sie Wild oder Vieh hetzen oder reißen,
3. Hunde, die in aggressiver oder Gefahr drohender Weise Menschen angesprungen haben, und
4. Hunde, die eine über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder andere in ihrer Wirkung vergleichbare Eigenschaft entwickelt haben.

- (4) Bei Hunden der Rassen

- Pit Bull Terrier
- American Staffordshire Terrier und
- Staffordshire Bullterrier

sowie Hunden, die von einer dieser Rassen abstammen, wird die Eigenschaft als gefährlicher Hund unwiderlegbar vermutet.

(5) Bei den folgenden Hunderassen wird die Gefährlichkeit vermutet, solange nicht der zuständigen Behörde für den einzelnen Hund durch geeignete Unterlagen (z.B. tierärztliches Gutachten) nachgewiesen wird, dass dieser keine gesteigerte Aggressivität und Gefährlichkeit aufgezeigt hat:

- Bullmastiff
- Bullterrier
- Dogo Argentino
- Dogue de Bordeaux
- Fila Brasileiro
- Mastiff
- Mastino Napoletano
- Tosa Inu

Dies gilt auch für Kreuzungen dieser Rassen untereinander oder mit anderen als den von Abs. 4 erfassten Hunden.

Beginnt oder endet die Steuerpflicht im Laufe eines Jahres, so ist die Steuer auf den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag festzusetzen.

§ 6

Zwingersteuer

(1) Von Hundezüchtern, die mindestens zwei reinrassige Hunde der gleichen Rasse im zuchtfähigen Alter, darunter eine Hündin, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer für Hunde dieser Rasse in Form der Zwingersteuer erhoben, wenn der Zwinger und die Zuchttiere in ein von einer anerkannten Hundezuchtvereinigung geführtes Zucht- oder Stammbuch eingetragen sind und innerhalb von zwei Jahren mindestens ein Wurf erfolgt.

(2) Die Zwingersteuer beträgt für einen Zwinger das Doppelte der Steuer für den ersten Hund.

Das Halten selbstgezogener Hunde ist steuerfrei, solange sie sich im Zwinger befinden und nicht älter als sechs Monate sind.

(3) Die Zwingersteuer ist nicht für die Zucht von gefährlichen Hunden zu gewähren.

§ 7 Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Steuerschuld wird durch Abgabenbescheid als Jahressteuer festgesetzt.
- (2) Die Steuer wird erstmalig einen Monat nach dem Zugehen des Abgabenbescheides für die zurückliegende Zeit und dann vierteljährlich am 15. Februar, am 15. Mai, 15. August und 15. November mit jeweils einem Viertel des Jahresbetrages fällig.
- (3) Auf Antrag des Steuerschuldners kann die Hundesteuer abweichend von Abs. 2 am 1. Juli in einem Jahresbetrag entrichtet werden. Der Antrag soll spätestens bis zum 30. September des vorangehenden Kalenderjahres gestellt werden.

§ 8 Steuerbefreiung

- (1) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von
 1. Diensthunden, deren Unterhalt überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten wird, überwiegend Diensthunde der Polizei, des Zolls und der Bundeswehr.
 2. Hunden, die zum Schutz und zur Hilfe blinder, gehörloser oder sonst hilfloser Personen unentbehrlich sind. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkmalen „B“, „BL“, „aG“ oder „H“ besitzen.
 3. Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tierasylen oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind,
 4. Sanitäts- und Rettungshunden, die von anerkannten Sanitäts- und Zivilschutzeinrichtungen gehalten oder von ihnen uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden,
- (2) Hunde, für die nach Abs. 1 Steuerbefreiung gewährt wird, sind bei der Bemessung der Steuer für zu versteuernde Hunde nicht in Ansatz zu bringen.

In den Fällen des Abs. 1 Nr. 2 wird Steuerbefreiung nur für einen Hund gewährt.

§ 9 Steuerermäßigung

- (1) Die Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen auf die Hälfte zu ermäßigen für das Halten von
 1. Hunden, die zur Bewachung von Gebäuden, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m entfernt liegen, erforderlich sind, jedoch für höchstens zwei Hunde,
 2. Hunden, die an Bord von ins Schiffsregister eingetragenen Binnenschiffen gehalten werden.
- (2) Werden von einem Hundehalter neben Hunden, für welche die Steuer nach Abs. 1 ermäßigt wird, voll zu versteuernde Hunde gehalten, so gelten diese für die Bemessung der Steuer als zweite oder weitere Hunde.

§ 10

Allgemeine Bestimmungen für die Steuerbefreiung und Steuerermäßigung

- (1) Die Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung wird wirksam mit Beginn des auf die Antragstellung folgenden Monats.
- (2) Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung wird nur gewährt, wenn
1. die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck geeignet sind; dies kann von der Vorlage eines entsprechenden Nachweises abhängig gemacht werden,
 2. der Halter der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen eines Vergehens gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen belangt wurde,
 3. für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind,
 4. in den Fällen des § 8 Abs. 1 Nr. 3 ordnungsgemäß Bücher über den Bestand, den Erwerb, die Veräußerung und die Abgänge der Hunde geführt und auf Verlangen vorgelegt werden.
- (3) Entfallen die Voraussetzungen für eine gewährte Steuervergünstigung, so ist dies der Gemeinde innerhalb von zwei Wochen schriftlich anzuzeigen.

§ 11

Überwachung der Anzeigepflicht

(1) Für jeden Hund wird eine Hundesteuermarke ausgegeben, die außerhalb der Wohnung oder des befriedeten Grundbesitzes sichtbar vom Hund zu tragen ist.

Bei Verlust der Steuermarke wird auf Antrag eine Ersatzmarke ausgehändigt.

Bei der Abmeldung des Hundes ist die Steuermarke an die Gemeinde zurückzugeben.

(2) Die Gemeinde kann in Abständen von mindestens einem Jahr im Gemeindegebiet Hundebestandsaufnahmen durchführen. Dabei können folgende Daten erhoben werden:

1. Name und Anschrift des Hundehalters
2. Anzahl der gehaltenen Hunde
3. Herkunft und Anschaffungstag
4. Geburtsdatum
5. Rasse.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 16 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
1. als Hundehalter entgegen § 3 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig anmeldet,
 2. als Hundehalter entgegen § 3 Abs. 2 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig abmeldet,
 3. als Hundehalter entgegen § 3 Abs. 3 den Wegfall der Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung nicht rechtzeitig anzeigt,
 4. als Hundehalter entgegen § 11 Abs. 1 einen Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes ohne sichtbar befestigte gültige Steuermarke umherlaufen lässt.
 5. die Auskunftspflicht verletzt, die im Zusammenhang mit der Hundebestandsaufnahme gemäß § 11 Abs. 2 gegeben ist.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu **zehntausend Euro** geahndet werden.

§ 13 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am **01.07.2011** in Kraft;
gleichzeitig tritt die Satzung der Gemeinde Niederahr über die Erhebung der Hundesteuer vom **25.03.1988** außer Kraft.

Niederahr, den 06.10.2011

Ortsgemeinde Niederahr

Hermann Girhard
(Ortsbürgermeister)



**Auszug aus der Niederschrift
über die Sitzung des Gemeinderates der Ortsgemeinde Niederahr
am: 05.10.2011**

In der vorgenannten Sitzung, zu der die Mitglieder unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig eingeladen und in beschlussfähiger Zahl erschienen waren, wurde folgendes verhandelt und beschlossen:

Punkt 4 der Tagesordnung

TOP 4: Beschlussfassung über eine neue Hundesteuersatzung

Die derzeit gültigen Hundesteuersatzungen der Ortsgemeinden weisen in der Präambel der Satzung als Rechtsgrundlage u. a. das Landesgesetz über die Ermächtigung der Gemeinden zur Erhebung von Vergnügungs- und Hundesteuern auf. Dieses Landesgesetz verliert zum 01.07.2011 die Rechtsgültigkeit, so dass die Satzungen hier geändert bzw. angepasst werden müssen.

Aus Gründen der Rechtssicherheit wurde auf Anfrage beim Gemeinde- und Städtebund empfohlen, auch im Hinblick auf die fehlende Aktualität der bestehenden Satzungen, generell neue Satzungen ab dem 01.07.2011 für alle Ortsgemeinden zu erlassen auf der Grundlage einer auf die örtlichen Verhältnisse angepassten Mustersatzung des Gemeinde- und Städtebundes, die eine Regelung der zu zahlenden Hundesteuer auch für „Gefährliche Hunde“ beinhaltet.

Bei den Ortsgemeinden ohne eine bisherige Regelung für Hundesteuer für gefährliche Hunde ist dann ab 2012 in der Haushaltssatzung für 2012 die Höhe der Hundesteuer für den ersten, zweiten und jeden weiteren gefährlichen Hund zusätzlich festzusetzen.

In der VG Wallmerod hatten 3 Gemeinden bereits eine solche Satzung; weitere 12 Gemeinden haben aufgrund der o.a. Empfehlung ihre Satzungen entsprechend geändert. Dem Rat wird deshalb empfohlen, die vorliegende Mustersatzung ebenfalls zu beschließen.

Hinsichtlich der Steuersätze für die gefährlichen Hunde wird vorgeschlagen, sich am Mittelwert aller bisher von den übrigen Gemeinden beschlossenen Sätze zu orientieren. Diese wären

Für den ersten gefährlichen Hund:	400 €
Für den zweiten gefährlichen Hund:	600 €
Für den dritten gefährlichen Hund:	800 €

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Für die Richtigkeit
Wallmerod, den 28.10.11
Im Auftrag

B e s c h e i n i g u n g

über das Zustandekommen der Satzung der Ortsgemeinde

Niederahr

über die Erhebung von Hundesteuer vom

06.10.2011

1. Die Satzung wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom
mit folgender Mehrheit beschlossen:

05.10.2011

Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder:

13

Anwesende Ratsmitglieder:

10

Für die Satzung haben gestimmt:

9

Ratsmitglieder

Gegenstimmen:

0

Stimmenthaltungen:

1

2. Diese Satzung wurde am [] der Kreisverwaltung in Montabaur gem. § 97 Abs.1 GemO
vorgelegt.

3. Die Kreisverwaltung hat die Satzung am [] unter dem Az.: [] staatsaufsichtlich genehmigt.
oder

Die Kreisverwaltung hat mit Verfügung vom [] Az.: [] mitgeteilt, daß gegen die Satzung
keine rechtlichen Bedenken bestehen.

oder

Die Kreisverwaltung hat binnen eines Monats nach Eingang der Satzung, dies ist bis zum []
keine Bedenken wegen Rechtsverletzungen geäußert.

oder

Die Kreisverwaltung hat mit Verfügung vom [] die Satzung unter folgenden Bedingungen staatsaufsichtlich
genehmigt.

Sie hat ferner mitgeteilt, daß bei Erfüllung dieser Bedingungen eine erneute Vorlage der Satzung nicht erforderlich ist.

Der Gemeinderat hat mit Beschluß vom [] die Satzung gemäß den vorgenannten Bedingungen geändert
bzw. ergänzt.

4. Diese Satzung wurde im Mitteilungsblatt des Verlages Verlag + Druck, Linus Wittich, Höhr-Grenzhausen,
für den Bereich der Verbandsgemeinde Wallmerod, ausgegeben am 14.10.2011 Nr.: 41/2011
öffentlich bekanntgemacht.

Die Satzung wurde durch Auslegung im Dienstgebäude der Verbandsgemeindeverwaltung in
der Zeit vom [] bis [] - mindestens 7 volle Werktage -

(auf die Auslegung wurde durch Bekanntmachung vom [] in dem Mitteilungsblatt,
Tag der Ausgabe [] hingewiesen (§ 8 Abs. 2 DVO zu § 27 GemO)).

öffentlich bekanntgemacht. Die Bekanntmachung gilt ab [] als bewirkt.

5. Gemäß § 24 Abs. 6 Satz 2 GemO wurde darauf hingewiesen, daß eine Verletzung
der Bestimmungen über

1. Ausschließungsgründe (§ 22 Abs. 1 GemO) und
2. die Einberufung und Tagesordnung von Sitzungen des Gemeinde-/Verbandsgemeinderates (§ 34 GemO)

unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung
schriftlich unter Bezeichnung der Tatsachen, die eine solche Rechtsverletzung begründen können, gegenüber
der Verbandsgemeindeverwaltung Wallmerod geltend gemacht worden ist.

Wallmerod, 06.10.2011

Verbandsgemeindeverwaltung

I.A.:

(Fischer)